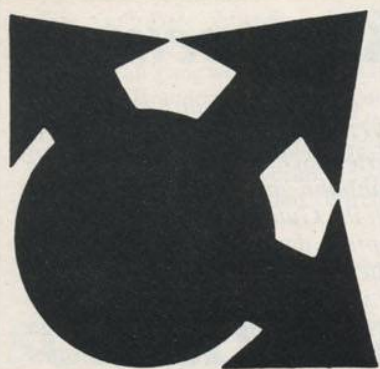




VEREIN ZUR ERHALTUNG DES PASSAUER STADTBILDES UND ZUM SCHUTZ DER UMLIEGENDEN LANDSCHAFT

Niedermaier-Garten in Gefahr?

Neuer Passagenbau zwischen Nibelungenhalle und Nikolastraße geplant

Wer von den Passauern hat im Niedermaier-Garten nicht schon einmal eine gute Halbe Bier getrunken? Erste Gerüchte, daß der Garten und der anschließende Gasthof „Bayerischer Löwe“ von dem geplanten Passagenneubau in Mitleidenschaft gezogen werden könnten, haben viele Passauer hellhörig werden lassen. Das FORUM hat bereits bei diesen ersten Gerüchten reagiert und den Antrag gestellt, den Gasthof, der aus der Zeit des Passauer Baumeisters Hagenauer stammt, in die Denkmalliste aufzunehmen. Dieses Verfahren läuft.

Doch Dr. Adam von der Innstadtbrauerei kann beruhigen: „Der Garten soll als Biergarten in jedem Fall erhalten bleiben“. Trotzdem bleiben noch einige Fragen offen.

Nach der riesigen „Donaupassage“ am Bahnhof, die der Stadt Passau etwas großstädtisches, internationales Flair heißen soll, und der kleinen „Ludwigspassage“, die ein wenig ins Abseits führt, soll also, nachdem aus unerfindlichen Gründen die Wittgassenpassage nicht wie ursprünglich geplant gebaut wurde, zwischen Nibelungenhalle und Nikolastraße auf dem Gelände des Niedermaiergartens ein weiteres solches Ungetüm entstehen: die „Nibelungenpassage“.

Die Nibelungenpassagen GmbH & Co.KG. als Bauträger und als Verwertungsgesellschaft behauptet, daß für solche Geschäftspassagen in Passau noch genügend Bedarf bestehe und daß deshalb eine derartige Verbindung vom Vorplatz der Nibelungenhalle über die Heuwieserstraße und möglicherweise auch über die Nikolastraße hinweg bis zur Sparkasse und Votivkirche gebaut werden könne. Das Projekt steckt noch in der Vorplanung, läßt aber schon erahnen, welche Baumassen hier zur Disposition stehen, wenn die vorhandenen Flächen selbstverständlich möglichst gewinnbringend genutzt werden



Der imposante Bau des „Bayerischen Löwen“ um 1930 (Foto Archiv)

sollen. Aus der Sicht der Stadtbildgestaltung ist zunächst sicherlich nichts gegen einen Baukörper an dieser Stelle einzuwenden. Der Blick vom Ludwigsplatz in die Nikolastraße, der durch die Bauten der Tankstelle an der Zentralgarage sowieso beeinträchtigt ist, könnte mit einem entsprechenden Bau wesentlich günstiger gerahmt werden. Problematisch sind allerdings die zu befürchtenden Baumassen, deren Höhenentwicklung und die Beeinträchtigung der alten Bauten am Niedermaiergarten und des Gartens selbst. Wie wird sich z.B. die Belichtung des

Biergartens verändern, wenn dort an der Südseite eine hohe Gebäudewand errichtet ist? Wie erfolgt die Anbindung an den historischen Bau der Posthalterei, dem „Bayerischen Löwen“? Wie wirkt etwa die Überquerung der Nikolastraße mit einem Fußgängersteg, der dann den Blick vom Ludwigsplatz auf die Hügel von Mariahilf und Kühberg verdecken wird?

Hier bleibt nur zu hoffen und zu wünschen, daß die weitere Planung von guten Architekten mit viel Gespür durchgeführt wird.

Peter Zieske

Gelungene Sanierung beim Komplex Wittgasse – Kl. Klingergasse?

Trotz aller Lobeshymnen über die „großartige“ Sanierung, die in letzter Zeit die Seiten unserer Zeitungen füllten, muß es auch erlaubt sein, Kritik anzubringen:

Was nutzt alle „Liebe zum Detail“, wenn schon im Großen schwerwiegende Fehler bei der Erhaltung dieses Baukomplexes begangen wurden. Fehlplanungen, die vom Forum schon vor Beginn der Baumaßnahmen kritisiert worden sind; wenn etwa statt der Erhaltung und Reaktivierung reizvoller Innenhöfe diese Flächen größtenteils zweigeschossig überbaut wurden, um 1700 qm für einen großen Drogeriemarkt (derartige Geschäfte haben wir übrigens schon genug) zu gewinnen; wenn aus demselben Anlaß zwei Häuser dieses Komplexes wegen schlechter Bausubstanz als nicht erhaltenswert bezeichnet und abgerissen, dann aber historisierend wiederaufgebaut werden, weil man sich nicht traut zuzugeben, daß nun eine ganz andere neue Nutzung für die schlechte Neugestaltung ausschlaggebend war?

Der Imitation des ehemaligen Gasthauses „Zum Goldenen Kreuz“ ist trotz der Löwenköpfchen unter den Fenstersimsen anzusehen, daß dahinter eine große hohe Geschäftshalle steckt, weil das Gesims über der Ladenfront im Vergleich zu den anschließenden Häusern viel zu hoch angesetzt werden mußte. Der historisierende Wiederaufbau des Hauses in der Kl. Klingergasse Nr. 3 ist eine seltsame Mischung von Wohngebäude und Parkgarage. Die Toreinfahrt, so breit wie das ganze Haus, enthebt das ganze Bauwerk trotz des Segmentbogens jeglichen Bodenkontakts.

Auch hier wird deutlich, daß die Nutzung als Zulieferungsöffnung für einen Großmarkt zusammen mit einer Tiefgarageneinfahrt für die Gestaltung eines Altstadthauses unvereinbar sind. Der ehemalige tonnengewölbte Durchgang in der alten Postmeisterei wurde der Verkaufsfläche eines Geschäfts zugeschlagen und verschlossen. Dafür erhielt der „entzückende Arkadenhof“ einen Zugang über eine unproportionierte kleine rechteckige Öffnung, die überdies auf der Wittgassenseite eine völlig unpassende Chrom-Messing-Umrahmung verpaßt bekam. Und leider verlor auch der kleine Innenhof jegliche Proportion, da er, nun abgeschlossen, von unübersehbar hohen Hauswänden überragt wird. Die kleine Treppe auf der Nordseite zur Tür im Obergeschoß mußte gedreht werden. Das wäre noch verständlich. Doch warum wurde ihr ein gewaltiger Glaskasten übergestülpt, der den kleinen Hof noch mehr einengt? Daß die alten Kragsteine des Umgangs im 1. Obergeschoß und das alte Geländer wiederverwendet und ergänzt wurden, ist ja lobenswert; doch wie kann es geschehen, daß Beleuchtungskörper angebracht werden, die wie große Glupschaugen das leider stark beeinträchtigte Ambiente anstarren?

Für die Wohnungen ist infolge der Überbauung der Innenhöfe eine Terrasse mit Blick auf Oberhaus und Mariahilf entstanden. Fragt sich nur, wer sich dort aufhalten wird, da sie von überallher und vor allem vom Drogeriemarkt eingesehen werden kann. Da hilft sicherlich auch ein noch geplantes Glasdach wenig zur Abschirmung neu-

Kommentar

Die von den Stadträten Feuerer (FWG) und Jahrstorfer (CSU) favorisierte „Schnapsidee“ einer Rollschuhbahn an der Ortsspitze hatte auch ihr Gutes: Dieser Plan war der Tropfen, der das Faß für viele Altstädter zum Überlaufen brachte.

Die sehr gut besuchte Altstadt-Bürgerversammlung zeigte, daß die Mißstände im „Herzen Passaus“ sich nicht auf die Ortsspitze beschränken. Noch ist die Altstadt ja ein dichtbesiedeltes Wohngebiet, und wer selbst dort lebt, weiß aus vielen Anfragen, daß der Trend der „Altstadtflucht“ sich wieder umkehrt: Wohnen in historischer Umgebung wird als attraktiv empfunden. Diese Entwicklung zu fördern muß das Anliegen der Stadtväter sein.

Das FORUM stellt den Antrag, einige Verbesserungen sofort einzuführen: Jetzt ist es Zeit, das Rechtsabbiegeverbot in der Schrottgasse zu beschließen, das ein Abbiegen zum Residenzplatz verhindert und den Durchgangsverkehr aus der Altstadt nimmt. Gerade auch die vom Parkbau an der Hängebrücke geschädigten Bewohner würden die Reduzierung des Durchgangsverkehrs als große Erleichterung empfinden! Jetzt ist es auch an der Zeit, die Richtlinien für die Stellplatzabläse neu zu formulieren. Nach der geltenden Regelung wären theoretisch auch Stellplätze in der Innstadt für ein neues Altstadtlokal möglich – sinnvoll ist, daß diese Stellplätze in 150m realer Entfernung (als Fußweg) nachgewiesen werden müssen. Bisher hat sich OB Hans Hösl durchaus um die Altstadt verdient gemacht (während die SPD bei diesen Problemen nur immer verschreckt die Forderungen des FORUMS zur Kenntnis nimmt und schweigt). Die beiden – auch von der Verwaltung als sinnvoll vorgeschlagen – Verbesserungen können sein Ansehen als „Altstädter“ noch mehr heben.

Friedrich Brunner



Kleine Klingergasse: kein proportioniertes Tor, sondern ein riesiges, häßliches Maul (Foto Zieske)

gieriger Blicke.

Es ist überflüssig, die Kritik über die Gestaltung der einzelnen Läden fortzusetzen, denn die unterliegt noch mehr der Einflußnahme der Unternehmer, es ist jedoch bedauerlich, daß es den beteiligten Architekten des Büros Wörlen nicht gelungen ist, die Bauherren von einer guten Gestaltung zu überzeugen.

Peter Zieske

Impressum:
FORUM PASSAU e.V.
Schröghamerweg 19, 8390 Passau
Günther Bosanyi, Fritz Brunner, Peter Zieske
Druck: Mühlbauer-Druck, Hengersberg

Nun ist die Passavia dran: Neues vom Mollnhof

Der 1655 erbaute Mollnhof, der 1704 Hauptquartier des Bayerischen Kurfürsten Max Emanuel war und seit 1957 im Besitz der Passavia-Druckerei ist, wird wahrscheinlich doch wieder instandgesetzt. Von Seiten der kirchlichen Stiftungen, in deren überwiegendem Eigentum die Passavia ist, soll das Gebäude in eine eigene Stiftung eingebracht werden. Das Landesdenkmalamt scheint bereit zu sein, die Instandsetzung des Daches und die Sanierung der Fundamente weitgehend zu finanzieren, um eine Substanzsicherung zu ermöglichen. Es ist jetzt an der Zeit, daß auch die Eigentümer, die diese Misere weitgehend verursacht haben, Verpflichtungen eingehen. An Interessenten für den Mollnhof hat es bisher nämlich nicht gefehlt: Frau Helga Glas von Massow, die im Mollnhof ihre Jugendjahre verbrachte, bot der Passavia ein auf der anderen Straßenseite liegendes Grundstück, das wesentlich größer war. Die Passavia lehnte ab und fledderte sogar noch den Mollnhof,

indem das von Mollsche Wappen über dem Eingang entfernt wurde. Es ist bis heute unauffindbar.

Dr. Dr. Diekmann interessierte sich ebenfalls für den Kauf des Mollnhofs, die Passavia lehnte erneut einen Ver-

kauf ab.

Das Foto aus dem Besitz der ehemaligen Eigentümer zeigt den Mollnhof um 1929. Er ist es wert, erhalten zu werden!

Günther Bosanyi



Der Mollnhof um 1929 (Foto Archiv)

Erhalt des Studentendorfs in der Schwebe

Der Bayerische Landtag soll sich im April erneut mit dem Passauer Studentendorf befassen. Zehn SPD Abgeordneten wollen mit ihrem Antrag den Erhalt endgültig sichern. Zuletzt hatte der kulturpolitische Ausschuß am 28. Oktober 1988 das Projekt grundsätzlich befürwortet. Zahlreiche Petitionen wurden „zur Würdigung“ an die Staatsregierung überwiesen, mit der Maßgabe weitere Verhandlungen mit der Stadt Passau zu führen.

Der Finanzausschuß des Stadtrates beschloß am 14.03.89, nach einem engagierten Plädoyer von Stadträtin und Frauenunionsvorsitzenden Heidegund Slama, sich grundsätzlich finanziell an den Sanierungskosten des Studentendorfs zu beteiligen.

Wenig erfreulich sind die Umstände mit denen die Universitätsbürokratie den Studentendorferhalt vorantreibt: Im September 88 bejahte Uni-Kanzler Karl-August Friedrichs im Rundfunk die Frage, ob man gerade jetzt einen Teil des Studentendorfs abreißen müsse. „Wir müssen eine Menge Gründungs- und Vorbereitungsarbeiten auf dem Grundstück vornehmen, um mit dem Bau der Turnhalle dann pünktlich Anfang nächsten Jahres beginnen zu können.“ Bislang konnte nichts derarti-

ges beobachtet werden. Stattdessen dient das Gelände als Erdreich-Zwischenlager für den Kanalbau am Inn. Der Teilabriß erfolgte weit verfrüht, verschärfte unnötig die Wohnungsnot und beschädigt nun auch die Glaubwürdigkeit der Universität-Bürokratie.

Ende Februar sorgte eine mittlerweile zum Teil zurückgenommene Räumungsankündigung des Studentenwerks für große Bestürzung unter allen 85 Bewohnern. Aufrechterhalten hat die Universität ihren Raumbedarf für Innstraße Nr. 55. Da dieses Haus kaum reparaturbedürftig ist, gefährdet die Bürokratie die Gesamtanierung des Studentendorfs, indem der durchschnittliche Sanierungsaufwand pro Wohnplatz erheblich steigt. Die Studenten befürchten, daß jetzt vor der Entscheidung des Landtags irreparable Tatsachen geschaffen werden. Bereits im November 1987 hatte der Streit um einen Kaminabriß dieses, damals schon halb geräumte, Haus in die Schlagzeilen gebracht. Die Eigenbedarfsankündigung kam jetzt völlig überraschend. Vizekanzler Ludwig Bloch hatte noch im Januar gegenüber dem Heimrat erklärt, die Universität habe sich aus Kostengründen gegen eine Büronutzung entschieden. Man wolle

lieber Büros anmieten und nicht Studenten unnötig aus ihren Wohnungen treiben. – Diesmal trifft es auch eine Familie mit einem vier Wochen alten Kind.

Wenn der Raumbedarf der Uni jetzt aber tatsächlich nur in Studentenwohnungen befriedigt werden sollte, müßte der umstrittene Abriß der Bürohauses Graf-Salm-Straße 7 neu aufgerollt werden. Das Haus lag außerhalb der Abstandsflächen der geplanten Turnhalle. Wenn jetzt mit Steuergeldern Ersatz geschaffen wird, müßte sich der Rechnungshof dieser sinnlosen Zerstörung von Staatseigentum annehmen.

Weitere Streitpunkte zwischen Studenten und Verwaltung sind die Pläne von Bauoberrat Michael Rosner vom Landbauamt Passau die zentrale Wiese in Parkplätze zu verwandeln und die Nutzung der ehemaligen Exerzierhalle für die diesjährigen Kulturwochen. Die Universitätsbürokratie hat sie mit Möbeln aus der ehemaligen „Geier“-Halle belegt. Diese soll samt Asylantenheim abgerissen werden, obwohl es, wie Ludwig Bloch in eine PNM-Sendung auf der Frühjahrsausstellung sagte, noch keine Planungen für die vorgesehenen Sportaußenanlagen gibt.

Jens Graf

„Die Zeugen der Geschichte müssen erhalten bleiben“

Entkernung des Klingenschmied/Bäckerhauses Große Klingergasse 5 abgelehnt!

Stadtrat Heindl fand es „erschütternd, wenn das Landesamt für Denkmalpflege die Erhaltung eines einsturzgefährdeten Gebäudes fordert“ und stimmte entsprechend mit dem gesamten Bauausschuß gegen den von Lfd Stadtbauamtsdirektor Stark engagiert vorgebrachten Verwaltungsvorschlag, keiner Entkernung zuzustimmen. Diese sollte Platz für weiträumige Geschäftsflächen schaffen. Stadtrat Professor Dr. Kobler sprach von einem Skandal und drängte darauf, daß die Angelegenheit noch einmal, wie seit einigen Jahren in der Geschäftsordnung vorgesehen, vom Plenum behandelt würde.

Da von Seiten des betreuenden Ingenieurbüros mit der Bauqualität des Hauses argumentiert wurde, nahmen wir Kontakt mit dem Erbbauberechtigten auf, um uns mit Fachleuten unseres Vertrauens selbst von dem Zustand des Hauses überzeugen zu können. Nach deren übereinstimmenden Meinung befindet sich das Haus in einem guten Bauzustand, das Auskeilen eines Gewölbes sei ohne weiteres möglich. Schubrisse, die heute auftreten, sind durch die Baumaßnahmen des Eigentümers (Entfernen des Backofengewölbes) und durch Baumaßnahmen in der Nachbarschaft zu vertreten.

Nachforschungen im Stadtarchiv und bei Privatleuten ergaben, daß es sich bei dem Gebäude mit großer Wahrscheinlichkeit um eines der letzten, noch weit-

gehend erhaltenen Klingenschmiedhäuser handelt. Nach der Befunduntersuchung des Landesamtes für Denkmalpflege geht der älteste Kern des Hauses auf das 13. Jahrhundert zurück. Zu dieser Zeit war die Große Klingergasse Sitz der Klingenschmiede, deren Erzeugnisse Weltruf genossen. Seit 1340 war der Passauer Wolf als Garantiezeichen für die hohe Qualität der Ware bei den Käufern so anerkannt, daß die Konkurrenz minderwertige Ware mit gefälschten Stempeln als Passauer Ware handelte. Wegen des Lärms und der Feuergefährlichkeit der Betriebe, siedelten sie zunächst im Neumarkt, später in der Innstadt, um die Wasserkraft nutzen zu können. Nach Aussage des historischen Hausbuchs der Stadt Passau, fand man 1886 bei Umbauarbeiten im 1. Stock des Anwesens noch den Härtekamin an. Ein weiteres wichtiges Indiz für die Existenz einer Klingenschmiede ist ein eigener Brunnen im Hof, dessen Durchmesser etwa 3 Meter betrug. Der Brunnen ist in den 30-er Jahren zugeschüttet worden, war aber sicherlich für einen feuergefährlichen Betrieb und zum Härten von hervorragender Bedeutung. Wie wir aus Urkunden wissen, verfügten damals nur wenige Häuser über eigene Brunnen. Sollte eine Überbauung im Hofbereich stattfinden, wird es Aufgabe des neuen Stadtarchäologen sein, den Brunneninhalt auszuwerten. Ab dem Jahr 1615 lassen

sich die Eigentümer des Hauses lückenlos zurückverfolgen und datieren. Leider wurde in den 60-er Jahren ein steinerner Haustürsturz mit der Inschrift „Hans Mair (Mayr?) 1615, Bäckerei ... Brezen, Kipfel und Wecken und Semmel“ einer häßlichen Aluhaustür geopfert. Doch existiert noch ein Foto mit der Alten Fassade. Die Bäckerei war so bedeutend, daß sie sogar eine Zeit lang der Straße ihren Namen gab. Verschiedene Urkunden (Lehrbriefe, Bittschriften, Schreiben an Halser Bäcker) gehen bis auf das Jahr 1662 zurück; vergleichbares Quellenmaterial dürfte von keinem anderen Passauer Handwerkshaus vorhanden sein.



Aufnahme des Anwesens aus dem Jahr 1910: Besonders schön sind die damals für alle Passauer Bürgerhäuser selbstverständlichen Jalousien – vielleicht könnte man diese Fassade bei der Sanierung wiederherstellen?

„Blühendes Passau“ zur Jahrtausendwende?

Passau als Ort der Landesgartenschau im Jahr 2000 – mit diesem Vorschlag ist der Geschäftsführer des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege und Fachberater für Gartenbau des Landkreises, Hans-Joachim Birzer, zunächst an Oberbürgermeister Hans Hösl, nun aber auch an die Vorsitzen der in Stadtrat vertretenen Parteien herangetreten. Die CSU Fraktion beschloß daraufhin, daß Passau sich bewerben solle, da die Ergebnisse in anderen Städten wie Augsburg, Dinkelsbühl, Straubing gezeigt hätten, daß die Landesgartenschau „bleibende Werte, namentlich im grüngestalterischen Bereich“ geschaffen habe. „Gerade die Jahrtausendwende böte einen nahezu idealen Anlaß für ein solches Unternehmen, bei dem insbesondere städtische Problembereiche nachhaltig Verbesserung erfahren könnten“, meint Birzer.

Solche Problemstellen sieht der Fachberater für Gartenbau an mancherlei Orten im Stadtbereich: der dürtige

Baumgürtel an der Innpromenade, das Universitätsgelände, der Krankenhausberg sowie der Stadtpark, die mit dem unglücklichen Brunnen zugepflasterte Platzsituation an der Schanzlbrücke, das Areal der Hacklberger Brauerei, die Anlagen gegenüber dem Fußballstadion. Vorstellen könnte sich Birzer eine Einbeziehung der Riese und der gesamten Donauhänge. Eine völlige Umgestaltung von Dom- und Exerzierplatz böte sich ebenfalls in diesem Zusammenhang an.

Das Forum hält Birzers Vorschlag grundsätzlich für unterstützenswert. Die Städte mit entsprechenden Erfahrungen sind zu befragen bezüglich Kosten, Landschaftszerstörung und Tourismusbewältigung. Auf einem Forums-Stammtisch diskutierten die Mitglieder Möglichkeiten, vor allem das unbebaute Gelände nordwestlich des Fernsehturms bis hin zum Dreiflüßestadion in die Planungen miteinzubeziehen.

Franziska Veit

Die Ergebnisse der Nachforschungen wurden von der Plenumsitzung allen Stadträten zur Verfügung gestellt. Stadtrat Schmölter sprach von der „Berücksichtigung neuer Fakten“, Stadtrat Wagner sagte: „Die Zeugen dieser Geschichte müssen erhalten bleiben. Passau will die Vielfalt, die sich aus der Tradition ergeben hat, wahren.“ Weiterhin für eine Entkernung stimmten nur die Stadträte Heindl, Reischl, Abelein und Gerstl, wohingegen sich OB Hösl deutlich gegen eine Entkernung aussprach.

Günther Bosanyi

Die Problematik der Spielhallen – Mangelnde Glasnost bei der PNP?

Nachdem im Frühjahr 1988 dem Antragsteller Bauer in der Brunnengasse die Errichtung einer Spielhalle nicht verwehrt werden konnte, wandte sich das FORUM im Mai an Oberbürgermeister Hösl und alle Fraktionsführer, um über Veränderungssperren oder eine Bauleitplanung die Spielhallenflut zu bremsen. OB Hösl und die SPD griffen die Anregung positiv auf. Die Problematik wurde ausführlich im Bauausschuß diskutiert, in den Augen der Verwaltung bestand zu diesem Zeitpunkt aber kein Handlungsbedarf. In der PNP erschien ein großer Artikel, in dem vehement gegen die Spielhallen zu Felde gezogen wurde. Auf der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 8.12.88 stand nur ein wesentlicher Tagesordnungspunkt: „Bauantrag; Neubau eines Geschäftshauses, Brunnengasse 3 Antragstellerin: Frau Berger-Kapfinger, Passau“. Als aus dem Verwaltungsvortrag hervorging, daß es um die Errichtung einer Spielhalle ging, die Stellplätze sollten auf dem ehemaligen Brückner-Gelände in der Grünaustraße (PNP-Parkplatz) nachgewiesen werden, monierte Professor Dr. Kobler die unzureichende vorherige Unterrichtung. Bürgermeister Abelein verwies die Angelegenheit noch einmal in die Fraktionen. Die PNP verzichtete auf eine eigene Berichterstattung. Der Termin der neuen Sitzung war weder aus der PNP ersichtlich, noch hing die Tagesordnung öffentlich im

Rathaus aus. In der Diskussion bekräftigte Stadtrat Öller die ablehnende Haltung der SPD, in Bundeswehrkantinen seien Geldspielautomaten verboten. Stadtrat Bertram verwies darauf, daß der Parkplatz tagsüber voll belegt sei, im Baubescheid müsse festgehalten werden, daß die Stellplätze nur für die Spielhallenbenutzer zur Verfügung stehen. Stadträtin Slama beantragte die Aufstellung eines Bebauungsplans für den gesamten Innenstadtbereich, Professor Dr. Kobler schloß sich dieser Ansicht an und forderte zusätzlich eine Änderung der Stellplatzrichtlinien. Im übrigen sei es „komisch, wenn man für Freudenhain alles unternimmt, aber gleichzeitig Spielhallen eingerichtet werden“. Dr. Fischer sah keine rechte Handhabe, außer der weit entfernten „Mondscheinstellplätze“, „moralische Gründe“ allein seien zu wenig.

Auf Fragen von Stadtrat Reischl erläuterte Rechtsdirektor Kraus einen anderen Aspekt dieses Falles: Zunächst sei es um den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses gegangen; der Abriß des alten historischen Hauses wurde nicht genehmigt, weil sich das Landesdenkmalamt dagegen ausgesprochen hatte. Bei einem Teilabbruch, der genehmigt war, sei dann plötzlich mehr eingebrochen als vorgesehen. Dies sei eine Ordnungswidrigkeit, die geahndet würde, wobei zu prüfen wäre, ob es durch die Baufirma absichtlich oder unabsichtlich geschehen sei. Da der Rest des Gebäudes keinen denkmal-

pflegerischen Wert mehr besessen habe, hätte das Landesdenkmalamt einem vollständigen Abbruch zugestimmt. Stadtrat Bertram kommentierte diese Aussage mit der Bemerkung, er sei wegen des Abbruchs einer Rauchkappe in einem Haus am Steinweg bestraft worden (Wir haben darüber berichtet). „wie ist das, wenn man ein ganzes Haus abreißt?“ In der anschließenden Abstimmung sprach sich der gesamte Stadtentwicklungsausschuß gegen eine Spielhalle aus, vom Bauausschuß stimmten die Stadträte Wimmer (CSU) und Höber (CSU) für den Antragsteller. Stadtrat Heindl äußerte zu der Ablehnung: „Lös' ma die Fraktionen auf, weil sie eh überflüssig sind“. Offensichtlich hatte die CSU-Fraktion sich zunächst für die Spielhalle ausgesprochen gehabt! Wer nach über einstündiger hitziger Diskussion einen Bericht in der PNP erwartete, sah sich abermals getäuscht.

Wir vereinbarten daher mit Herrn Dr. Dr. Diekmann einen Gesprächstermin, an dem auch der Verlagsleiter Herr Hirtreiter teilnahm. Zunächst verwiesen wir auf die historische Bedeutung dieses Handwerkerhauses: 1376 erbt es Heinrich Rapl, Hüttenknecht beim Dombau. Von 1679 bis 1865 ist es Sitz der Hofwagner. Ein Brunnen im Keller, der 1918 zugeworfen worden ist, müßte noch archäologisch ausgewertet werden.

Dr. Dr. Diekmann und Herr Hirtreiter versicherten uns glaubhaft, daß von ihrer Seite keinerlei Einfluß auf die Berichterstattung der PNP genommen worden sei. Im übrigen sei das Gelände in der Zwischenzeit bereits wieder verkauft worden. Wegen des schmalen Grundstücks ist nach Ansicht von Herrn Dr. Dr. Diekmann nur eine Spielhallennutzung rentabel. Der von ihm vorgesehene Betreiber sei Marktführer in Deutschland, auf diese Weise hätte sich die Spielhallenproblematik in Passau selbst gelöst, da kleinere Hallen nicht lange konkurrieren könnten. Auf unsere Frage, ob der neue Erwerber auch auf die von der PNP genutzten Stellplätze zurückgreifen könnte, meinte Herr Dr. Dr. Diekmann, daß dies möglich sei: Einerseits sei der Kaufpreis für das Brückner-Grundstück hoch gewesen, andererseits fielen Stellplätze weg, da in den nächsten Jahren der technische Betrieb der PNP ausgelagert würde.

Da in der Brunnengasse bereits 2 Spielhallen vorhanden sind, bleibt nur zu hoffen, daß der neue Erwerber keine Spielhalle errichtet!

Günther Bosanyi

Krokodilstränen

Krokodilstränen weinen einige Geschäftsleute der Altstadt, weil die Stadt endlich gegen die häßlichen Werbetafeln durchgreift. Das FORUM war schon immer der Ansicht, daß eine schön gestaltete Tafel vor einem Wirtshaus oder Geschäft das Stadtbild nicht beeinträchtigt. Der „Plastikfährnenwald“ und das Meer von einfalllosen Reklametafeln aber gehören nicht in eine Altstadt vom Range Passaus! Wir haben es schon oft betont: Ob

ein Lokal frequentiert wird oder nicht hängt sicher nicht davon ab, ob fünf unseriös wirkende Tafeln an der Fassade lehnen! Das Gasthaus „Zur Waage“ am Residenzplatz zeigt, daß ein Lokal auch mit wohlthuend-geschmackssicherer Präsentation floriert – oder vielleicht gerade deshalb? Das FORUM unterstützt die Aktion der Verwaltung, die sicher dazu dient, die Altstadt noch attraktiver und schöner zu machen.

Franziska Veit

Unsere „FORUMSSTAMMTISCHE“ bei denen immer aktuelle Fragen besprochen werden, finden jeden dritten Dienstag im Monat im Gasthaus „Zur Waage“ am Residenzplatz oder

„Drei Linden“ am Steinweg um 19.30 Uhr im Nebenzimmer statt. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Die nächsten Termine: 16.5.89, 10.6.89, 18.7.89.

Lindbüchl und kein Ende

Proteste der Anlieger und der Presse haben der Naturzerstörung an der Schubertstraße vorläufig Einhalt geboten.

Dank des ablehnenden Bescheides des Bauausschusses wurde im Oktober 1988 der Bauantrag der RIHA-Immobilien GmbH (Geschäftsführer Lindbüchl) für eine tunnelartige Erschließungsstraße für den Bau von sieben Häusern mit Garagen und damit eine weitere katastrophale Naturzerstörung verhindert. (vergl. Forumszeitung Herbst 1988).

Nun wird erneut für das geplante Projekt „Lindbüchlhöhe“ eine Zufahrtsstraße gesucht.

So wurde am Ende der Mozartstraße

ein Anwesen erworben. Über dieses und ein weiteres Grundstück könnte eine Erschließungsstraße zu den geplanten Häusern ausgeschoben werden.

Die Eigentümerin will aber die gewachsene Landschaft nicht gegen eine Erschließungsstraße und aneinanderge-reichte Wohnschachteln tauschen.

Auf ihre Weigerung hin, die Durchfahrt zu erlauben, wurde ihr angekündigt: „Vor meinem Haus wird dann ein so großer Wohnblock errichtet, daß ich von Westen her keine Sonne mehr habe und mir die ganze Aussicht auf das Lindental verbaut ist.“ Für das ange-

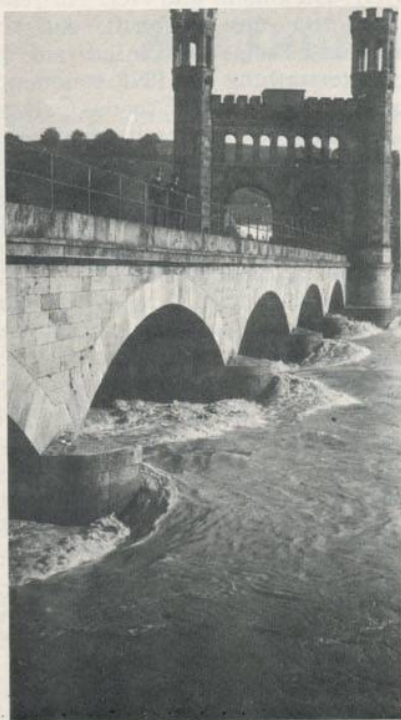
kündigte Bauvorhaben liegt derzeit ein Bauantrag beim Bauordnungsamt der Stadt Passau vor.

Ein weiterer Versuch, die „Adlerhorste“ dennoch mit einer Zufahrt zu erreichen, wird im unteren Teil der Schubertstraße geplant: So soll hier im Bereich der Kreuzung Lindentalstraße-Brunnhäuslweg-Schubertstraße eine Erschließungsstraße in den Berg gebrochen werden und über die derzeit brachliegenden Felswände hinter dem bereits in Rohbau fertiggestellten Appartementshaus die Höhen der grünen Hügel über dem Lindental erklimmen.
– Berg heil! rh

Alte Passauer Fotos

Bei unserer Arbeit stellen wir immer wieder fest, wie wichtig alte Fotos für die Haus- und Stadtgeschichte sind. Deshalb eine Bitte: Stellen Sie uns oder dem Stadtarchiv Ihre alten Fotos (Postkarten) zur Verfügung. Die Fotos werden ohne Beschädigung abfotografiert und Ihnen wieder zurückgegeben. Die interessantesten Fotos werden von uns veröffentlicht und prämiert!

Tel.: Günther Bosanyi 33 21 7,
Stadtarchiv Passau 39 62 55



Höchwasser 1920, Eisenbahnbrücke über den Inn

ERFREULICHES:

Das Winterhaffengelände als Parkplatz für Busse, als Messegelände, als Kulturzentrum zu nutzen wird zur Zeit eifrig diskutiert. Hier bieten sich Möglichkeiten, Passaus Probleme großzügig und langfristig zu lösen. Das FORUM freut da vor allem, daß man endlich den Wert historischer Industriearchitektur erkennt und zumindest den kleinen, in typischem Jugendstil erbauten Silo stehenlassen will. Wenn schon Neuplanung, wäre dann dieses Gelände mit der herrlichen Sicht auf Altstadt und Dom den Passauern nicht vielleicht auch als Dultgelände schmackhaft zu machen?

Die Glascontainer am Innbrückbogen wurden in einen Bereich verlegt, wo sie weniger stören.

1991 soll im Bereich des Wasserwirtschaftsamtes (hinter Woolworth) der Öffentlichkeit wieder der Durchgang ermöglicht werden. Damit werden Altstadt und Bahnhofsbereich für die Fußgänger besser erschlossen.

Die SPD tritt für eine Erweiterung der Fußgängerzone in der Theresienstraße ein. Unserer Meinung nach sollte auch schnellstens der Untere Sand nur noch für Anwohner befahrbar sein. Wegen des Großbauvorhabens der Firma Kreillinger wurde der Testlauf zunächst zurückgestellt.

Stadträtin Slama stellte, wie bereits früher Professor Dr. Kobler, den Antrag, den Gebrauch von Herbiziden einzuschränken. Sie schlug hierzu ein Gerät auf Infrarotbasis vor, das nach Angaben von Staatssekretär Spreitzer vom Bayerischen Umweltministerium geeignet sei. Für den Antrag stimmten nur die Stadträte Slama (CSU), Kobler (FW), Schmöller und Abelein (SPD). Man sollte zumindest die technischen Entwicklungen im Auge behalten.

Eine unerlaubte Einfriedungsmauer in der Hermann-Wösner-Straße muß beseitigt

werden. Stadtrat Öller (SPD) sprach sich für eine konsequente Einhaltung der Vorschriften aus, wohingegen die Stadträte Reischl, Wagner und Wimmer (alle CSU) für den Schwarzbau plädierten.

Stadtrat Dr. Stadler (FDP) stellte den Antrag, für geschmackvolle Werbeanlagen einen Preis zu verleihen. Der Antrag wurde unverständlicherweise abgelehnt; man sollte überlegen, ob eine Anerkennung (Plakette, Urkunde) die den Stadtsäckel kaum belastet, nicht doch sinnvoll ist.

Nachdem die Firma Simader die Räume von Mode-Dressler übernommen hat, ist erfreulicherweise die häßliche, überdimensionierte Werbung verschwunden. Vielleicht könnte die Firma Simader nun auch ihren alten, riesigen Werbeausleger abnehmen!

Probeweise wird für ein halbes Jahr eine Buslinie zwischen Mariahilf und dem Lüftberg eingeführt. Es ist zu hoffen, daß dieses Angebot ähnlich gut angenommen wird wie die Anrufsammeltaxis.

Durch den unermüdlichen Einsatz der PNP und von Herrn Dr. Dr. Diekmann kann die Schule in Freudenhain erhalten werden. Da eine andere Nutzung der Gebäude sicherlich große Schwierigkeiten mit sich brächte, ist diese Entwicklung zu begrüßen.

Werden Lokale oder Spielhallen im Altstadtbereich neu eingerichtet, so ist es nach der Stellplatzverordnung erforderlich, hierfür Stellplätze nachzuweisen. Eine Ablösung wie dies bei anderen Nutzungen möglich ist, ist nicht gestattet. Dadurch konnten in den vergangenen Jahren schon manche neuen Lokale und Spielhallen abgewehrt werden. Allerdings bestanden nach wie vor, auch von uns immer wieder monierte, Schlupflöcher. Ein Antrag der Frauenunion Passau-Stadt will nun für Änderung sorgen:

1) die Entfernung innerhalb der ein Stellplatz nachgewiesen werden kann, wird von 350 Meter Luftlinie auf tatsächliche

200 Meter verkürzt.

- 2) Die Stellplätze müssen tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nicht etwa wie im Fall Tang wo auf dem Gelände der Innstadt-Brauerei (Shell-Parkhaus) Stellplätze nachgewiesen werden, diese aber von der Innstadt-Brauerei an andere Interessenten vermietet werden.
- 3) An den entsprechenden Wirtschaften

(Spielhallen) ist deutlich auf die Stellplätze hinzuweisen!

Wir begrüßen diesen Antrag und hoffen, daß er ohne Verwässerungen verabschiedet wird (vgl. Kommentar!).

*

Der von OB Hösl initiierte Wettbewerb zur Gestaltung der Gassen und Plätze ist abgeschlossen. Es wird jetzt darauf ankommen,

die Ergebnisse tatsächlich umzusetzen. Mehrere Wettbewerbsteilnehmer haben auch den Seminargarten in ihre Überlegungen einbezogen, der ja früher auch schon einmal für die Öffentlichkeit zugänglich war. Ferner kam die Anregung, im Bereich der Gottfried-Schäffer-Straße unterirdische Parkplätze anzulegen.

SCHILDBÜRGERSTREICHE

Der Bauausschuß hat wieder einmal ein Bauvorhaben zugelassen, das einem seiner eigenen Beschlüsse (in Kombination mit dem Stadtentwicklungsausschuß) vom 13.2.86 entgegensteht. So wurde bezüglich der Flächen zwischen Reuth und Oberöd in Heining beschlossen „östlich der Schlachthoffläche wird unter Berücksichtigung der gliedernden Landschaftselemente Gewerbe angewiesen ...“.

Genau dieses gliedernde Landschaftselement wurde aber zwischen der Schaldinger Straße und der Eisenbahnlinie durch den Neubau der Schreinerei Hölldobler vernichtet. Gleichzeitig wurde ein nach Art. 6d des Bayerischen Naturschutzgesetzes geschützter Röhrichtbestand empfindlich gestört. Ausgleichsmaßnahmen, ebenfalls nach dem Naturschutzgesetz vorgeschrieben, wurden bisher keine festgesetzt. Das beweist wieder einmal den mangelnden Vollzug der angeblich so fortschrittlichen bayerischen Naturschutzgesetzgebung, die auch (s.o.) in der Stadt Passau keinen sehr hohen Stellenwert besitzt, sobald es um Bauinteressen geht.

*

Zu einem neuerlichen Angriff auf das Passauer Stadtbild startet wieder einmal der Passauer Bauausschuß. So beschloß er in Kastenreuth auf beiden Seiten der B12 die Aufstellung von Bebauungsplänen zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben. Und das obwohl im Flächennutzungsplan bereits anderweitig ausreichend Gewerbeflächen ausgewiesen wurden.

Wie dort oben, auf gleicher Höhe wie das Oberhaus, an der Einfahrt nach Passau aus dem Bayerischen Wald mehrstöckige Industriebauten wirken, kann sich jeder leicht selbst ausmalen. (Andreas Ponz)

*

Stadtrat Feuerer (FWG) sprach von einer brutal grünflächenfressenden Lösung, **Stadtrat Barth** (CSU) war gegen den Wegfall von Stellplätzen zugunsten von Grün. Die Stellplätze am Krankenhaus sind in der Tat ein Reizthema: Jedem Einsichtigen dürfte klar sein, daß an dieser Stelle eine Tiefgarage die optimale Lösung wäre. Doch leider verhindern dies idiotische Förderrichtlinien. Wie angesichts dieser Blechlawine, die den Stadtpark beschneidet, **Stadtrat Schmöller** (SPD) nach wie vor für die Verlegung der Leonhard-Paminger-Straße eintreten kann, bleibt uns ein Rätsel. Statt eine Million für einen sinnlosen Straßenbau herauszuwerfen, sollte man lieber Wohnungen schaffen. Außerdem wird gerade entlang der Paminger-Straße ein Bürgersteig angelegt, der dann sinnlos wäre. Genauso sinnlos wie die Stellplätze, die zur Zeit auf der früher vorgesehenen Straßentrasse entstehen.

Es rächen sich alte Fehler. Schon seit Jahren warnen wir immer wieder vor der sehr großzügigen, meist rechtswidrigen Bebauung in den Außenbereichen. Bisher hat sich der Bauausschuß aber fast immer über die ablehnende Haltung der Verwaltung hinweggesetzt. So steht man jetzt vor dem Problem, im Grunde der Wirtschaft keine Gewerbeflächen zur Verfügung stellen zu können, ohne daß Nachbarn beeinträchtigt werden. Unter Umständen scheitert daran die geplante Ansiedlung des **Technischen Betriebs der PNP**, deren geplantes Investitionsvolumen von rund 60 Millionen DM sicherlich kein Pappenstiel ist. Auch der Bau des Testgeländes von der **Zahnradfabrik** in Patriching stößt auf den Widerstand der Nachbarn. Allerdings haben diese bei der Erstellung des Bebauungsplans übersehen, daß bereits erhöhte Emissionswerte festgesetzt wurden. Diese werden bei der 1. Bebauungsplanänderung beibehalten. Die Einlegung von Rechtsmitteln hat keine aufschiebende Wirkung, da der Beschluß für vorläufig vollstreckbar erklärt wurde. Man darf gespannt sein, ob unsere Stadträte daraus etwas lernen!

*

Chaotisch verlief die Plenumsitzung, als es um die Bebauung an der Schärdinger Straße ging. **Stadtrat Haydn** und **Bürgermeister Wösner** mußten die Sitzung vorzeitig verlassen, um ihr Flugzeug zu erreichen, auch **Stadträtin Dingreiter** verließ den Raum vorzeitig. Beim Nachrechnen der abgegebenen Stimmen kam man auf einmal auf 3 Stimmenthaltungen, die unzulässig sind. Trotzdem wurde die massive Bebauung äußerst knapp genehmigt. Auf unsere Bitte um dienstaufsichtliche Überprüfung an die Regierung von Niederbayern, die wir schon vor der Sitzung abgeschickt hatten, erhielten wir, wie auch die JU Passau-Stadt, die ebenfalls tätig wurde, folgende Antwort: „Die Regierung hat die Stadt angewiesen, die einschlägigen, positiven Beschlüsse **aufzuheben**.“ Nachdem die Regierung schon früher die Rechtswidrigkeit der danebenliegenden Bebauung festgestellt hat und noch nachträglich die Aufstellung eines Bebauungsplans forderte, was vom Bauausschuß wiederum zurückgewiesen wurde, schaden einige Mitglieder dem Ansehen der Stadt und verletzen ihren Amtseid „Schaden von der Stadt abzuwenden“!

*

Am Kuchler-Haus in der Innstadt, sicherlich dem schönsten Passauer Bürgerhaus, begann Polizei-Oberkommissar **Jany** die alten Fenster gegen geschmacklose Plastikfenster auswechseln zu lassen. Wir informierten unverzüglich das Stadtplanungsamt und das Landesamt für Denkmalpflege.

Dieses sprach sich auch für einen sofortigen Baustopp aus, doch vergingen noch drei Wochen (!), in denen weitere 11 Fenster ausgewechselt wurden. Da die Aussagen des Denkmalschutzgesetzes klar sind: Jede bauliche Veränderung an einem Denkmalgeschützten Haus bedarf der Genehmigung – darf man an der Fähigkeit unserer städtischen Juristen Zweifel haben. Auch das Vertrauen in die Gesetzestreue unserer Polizei dürfte nicht gerade wachsen. Es bleibt nur zu hoffen, daß man daraus organisatorische Konsequenzen zieht: In allen anderen Städten sind Bauordnungsämter in den Stadtbauämtern integriert. Da in den Stadtbauämtern auch Architekten sitzen, sind sie in der Lage, die Brisanz der Fälle besser einzuschätzen.

Im Ort ist ein neuer Schildbürgerstreich geplant: nachdem wegen der starken Lärm- und Verkehrsbelastung das an das Altstadtotel anschließende Haus an diesen Fremdenverkehrsbetrieb verkauft wurde, soll dort ein Hotelneubau entstehen. Der von der Donauseite sichtbare, historisierende Neubau wird höher als das Altstadtotel und entsteht an Stelle des historisch gewachsenen Gartens mit dem großen Baum und den pittoresken Ateliers. Daß sich das Büro Wörlen für so einen großen und denkmalpflegerisch falschen Eingriff in das Stadtbild hergibt, ist dem Forum unverstündlich.

Stadtrat Schmöller brachte auf einer Stadtverbandssitzung der SPD die umstrittene Nordtangente wieder ins Gespräch. Angesichts der Anzeigenserie der SPD in überregionalen Zeitungen „Die Natur würde, wenn sie könnte, SPD wählen“ kann man nur sagen: In Passau sicherlich nicht!

*

Auf Biegen und Brechen soll in Kastenreuth ein Betrieb angesiedelt werden. Ohne Aufnahme in den Flächennutzungsplan möchte die Stadt noch schnell ein Grundstück erwerben und dann als Gewerbefläche ausweisen. Die Vorgehensweise erinnert in fataler Weise an die Koller-Grundstücke: Man schafft selbst Sachzwänge, aus denen man sich später nicht mehr lösen kann. Wir glauben angesichts des Arbeitsplatzüberschusses in Passau, daß es nicht unbedingt Aufgabe der Stadt ist, Arbeitsplätze für Einpendler zu schaffen, die nur zu einer Belastung der Infrastruktur (Verkehr) von Passau führen, wohingegen die Anteile an der Lohn- und Einkommenssteuer den Wohngemeinden zufließen.

Gefahr für Passaus Gebäude, Natur und Bürger?

Was „bringt“ die Plattlinger Müllverbrennungsanlage nach Passau?

Unter den Gesichtspunkten „Müllvermeidung und Müllverwertung“ veranstaltete Fritz Haydn eine Diskussionsveranstaltung, an der Regierungsdirektor Günther Eichele vom Umweltministerium, Bürgermeister Abelein von der Stadt Passau und Peter Kessler vom Zweckverband Abfallbeseitigung Donau-Wald als Referenten teilnahmen. In der Diskussion wurde schnell deutlich, daß die Bemühungen des Zweckverbands zur Müllvermeidung und besseren Verwertung unzureichend sind:

- Auf Antrag der Stadt Passau sollte ein Fachmann für Abfallwirtschaft eingestellt werden. Der Antrag wurde abgelehnt, obwohl sich selbst größere Städte einen derartigen Fachmann leisten. Bürgermeister Abelein versprach, sich dieses Punktes anzunehmen.
- Für Gewerbemüll verlangt der Zweckverband 8,— DM/m³, wohingegen Straubing 70,— DM verlangt. Somit subventionieren die privaten Haushalte die gewerbliche Müllbeseitigung! Außerdem fehlt jeglicher Anreiz zur Müllvermeidung.
- Die großen Müllbehälter sind im Verhältnis zum Kleinbehälter um über 40% günstiger. Die Begründung hierfür – die kleine Tonne hat keine Rollen – ist äußerst unbefriedigend, da wegen des hohen Fixkostenanteils der Müllbeseitigung auch ganz andere Verteilungsgrundlagen denkbar sind. Wer viel Müll produziert, wird also durch die Gebührenstaffelung des Zweckverbands belohnt statt bestraft.
- Mit einer Papiertonne könnten Papierfabriken im Verbund mit Altschrottgebern 25.000 Tonnen Altpapier wiederverwerten. Der Zweckverband führt derzeit mit Hilfe von Vereinen und karitativen Organisationen nur 4000 Tonnen Altpapier einer Wiederverwertung zu.
- Kompostierbare Abfälle aus Küche und Garten haben einen Anteil von 40–50% am Hausmüll und werden in anderen Städten über eigene Biotonnen erfaßt. Der Zweckverband erwägt zwar auch die Einführung, berechnet hierfür aber nochmals die volle (!) Müllabfuhrge-

bühr, so daß der umweltbewußte Bürger doppelt zahlt. Da sich nicht viele „Biotrottel“ finden werden, bleibt wahrscheinlich alles beim alten. Da Herr Kessler sogar in diesem Zusammenhang von einem „negativen Heizwert“ der Küchenabfälle sprach, ist diese Haltung unverständlich. Oder müßte man dann eingestehen, daß die geplante Müllverbrennungsanlage überdimensioniert ist?

Angesichts so vieler Versäumnisse ist nicht zu erwarten, daß die Müllverbrennungsanlage besser betrieben wird. Wir geben daher im folgenden einige Informationen der AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLLVERBRENNUNG wieder:

Die Schadstoffe einer MVA lassen sich nach ihrer Gefährlichkeit grob in drei Klassen einteilen:

I. Säuren, Schwermetalle, Feinstäube
Hier macht die TA-Luft Vorgaben. Nach diesen Vorgaben gibt die in Deggendorf-Plattling geplante Anlage trotz aller Filter folgende Mengen jährlich in die Atemluft ab:

Salzsäure (HCL):	67 500 kg
Flußsäure (HF):	2 700 kg
Schwefeldioxid (SO ₂):	135 000 kg
Kohlenmonoxid (CO):	135 000 kg
Staub ges.:	40 500 kg
Stickoxide:	675 000 kg
	1 055 700 kg

Dazu kommen aber noch die in die Luft geblasenen **158.000.000 kg** aus der verbrannten Müllmasse. Wir haben bereits die höchste Krebsrate bei Atemwegserkrankungen in Bayern.

Gerade die feinsten Staubpartikel mit weniger als 5 Tausendstel Millimeter Durchmesser können am wenigsten gefiltert werden, sind aber am gesundheitsschädlichsten, weil sie sogar in die Lungenbläschen eindringen und sich an ihnen besonders das äußerst giftige Quecksilber, Cadmium, Dioxin anlagert.

II. Kohlenwasserstoffe (Hexachlorbenzol), Stickoxide, Quecksilber ...
Diese Stoffe können als Gase von keinem Filter zurückgehalten werden, sind aber

für alle Organismen extreme Giftstoffe, die z.T. nachweislich Krebs erregen (Hexachlorbenzol) oder das Immunsystem direkt schädigen. Diese Stoffe werden z.T. in erheblichen Mengen abgegeben. Lediglich für Stickoxide gibt es einen TA-Luft Grenzwert, der in Ermangelung einer wirksamen Rückhaltungsmöglichkeit der tatsächlichen entstehenden Menge entspricht. So dürfen für die Anlage in Deggendorf-Plattling jährlich 675 000 kg in die Atemluft gegeben werden.

III. Dioxine und Furane, die absolut giftigsten je produzierten Stoffe

Sie bilden als Ultragifte mit Abstand das größte Gefährdungspotential einer MVA. Von ca. 5000 verschiedenen Ausprägungen (Isomeren) des Dioxins sind inzwischen 20 untersucht, darunter das berüchtigte Seveso-Dioxin. Dieses löst noch in unvorstellbarer Verdünnung Mißbildungen, Erbgutschädigungen und Krebs, vor allem Leberkrebs und die sonst seltenen Weichteilsarkome aus.

Für die Dioxine wird derzeit diskutiert, daß auf dem Niveau der Körperzellen einzelne Moleküle Seveso-Dioxin ausreichen, um eine Zelle vom Normalzustand in den der Tumorzelle zu überführen. Damit ist dieses Dioxin im Bereich der Gefährlichkeit radioaktiver Strahlung, wo durch Zerfall eines Atomkerns im ungünstigen Fall Krebs ausgelöst werden kann. Für chemische Substanzen ist diese Gefährlichkeit bislang einmalig. Üblicherweise müssen mindestens Milliarden Moleküle vorliegen, um eine chemische Veränderung hervorzurufen.“
Bei ungünstiger Witterung bleibt auch Passau nicht von diesen hochgefährlichen Stoffen verschont.

Hans Werner Anetzberger
Günther Bosanyi

„Laßt uns das Unwiederbringliche und Unersetzbare erhalten, sonst werden wir in einigen Jahren erwachen und feststellen, daß wir unser Erbe verschleudert haben.“

In eigener Sache

Als parteiunabhängige Organisation ist es uns eine Aufgabe, für die Erhaltung des Stadtbildes einzutreten und die Lebensbedingungen in Passau für Bürger und Freunde der Stadt zu verbessern.

Wir sind stets bemüht, möglichst umfassend mit Entscheidungsträgern und Verantwortlichen Kontakte herzustellen, um auf Schwachstellen hinzuweisen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Da nur eine mitgliederstarke Vereinigung auf Dauer Gewicht haben wird, ergeht unser Aufruf an alle Nicht-Mitglieder oder noch Unentschlossenen:

Werden Sie Mitglied im Forum Passau!

Für Fragen stehen unsere Vorstandsmitglieder zur Verfügung:

Peter Zieske, Schröngamerweg 19, ☎ 59661
Friedrich Brunner, Pfaffengasse 9, ☎ 36686
Günther Bosanyi, Göttweigerstr. 41, ☎ 33217

Ich bin an der Erhaltung und Entwicklung der Stadt Passau interessiert und möchte Mitglied des FORUM PASSAU werden.

Name _____ Vorname _____ Straße _____ PLZ/Ort _____
(bitte in Druckbuchstaben)

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

Der Jahres-Mindestbeitrag beträgt DM 20,— und berechtigt zum Bezug der „FORUMS-Nachrichten“. Die Mitgliedschaft kann jederzeit, spätestens jedoch zum 31. 12. eines Jahres für das Folgejahr gekündigt werden.

Um Verwaltungskosten zu sparen, bin ich bereit, den Jahresbeitrag in Höhe von DM _____ von meinem Konto abbuchen zu lassen.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

ÜBRIGENS: Auch in anderen Städten gibt es erfolgreiche Aktivitäten örtlicher „Forums“-Organisationen.